

7

»Mehrwert-Imperialismus«, Krieg ohne Ende

Zum ersten Mal in der Geschichte des modernen Nationalstaates sind die großen Mächte der Welt nicht in eine unmittelbare geopolitische und militärische Rivalität verwickelt. Diese Rivalität ist faktisch durch Konkurrenz in kapitalistischer Form ersetzt worden. Umso mehr jedoch in den Beziehungen zwischen den wichtigsten Staaten die ökonomische Konkurrenz an die Stelle des militärischen Konflikts trat, desto stärker strebten die USA danach, die überwältigendste militärische Macht zu werden, die die Welt jemals gesehen hat.

Warum ist es notwendig, dass die USA in der neuen kapitalistischen Weltordnung mindestens 40 Prozent der weltweiten Militärausgaben aufbringen, vor allen Dingen, wenn sie so viele unbefriedigte Bedürfnisse im eigenen Land hat – nicht zuletzt zum Beispiel den Bedarf nach einem vernünftigen Krankenversicherungssystem? Warum gibt es auf der Welt ein derart beispielloses Ungleichgewicht der Macht, wobei die bedeutendste »Asymmetrie« nicht die zwischen den USA und den »Schurkenstaaten« oder den »Terroristen« ist, sondern die zwischen den USA und dem Rest der Mächte?⁵⁵ Es ist gesagt worden, dass die USA jetzt über eine Militärmacht verfügen, welche größer ist als die der nächsten acht Mächte zusammengenommen (und nach manchen Maßstäben größer als die aller anderen Länder zusammen), während ihr Budget so groß ist wie das der nächsten zwölf bis fünfzehn zusammen. Man könnte dies einen »Mehrwert-Imperialismus« nennen, aber wie auch immer der Name sein mag, die Ursachen sind nicht so offensichtlich.⁵⁶

55 Paul Kennedy, »The Eagle Has Landed«, in: *Financial Times Weekend*, 2./3. Februar 2002, S. I.

56 Diese Bezeichnung stammt von Robert Brenner.

Das ist das Paradox des neuen Imperialismus. Es ist der erste Imperialismus, in dem die militärische Macht weder darauf angelegt ist, Gebiete zu erobern, noch darauf, Konkurrenten zu besiegen. Es ist ein Imperialismus, der nicht nach territorialer Expansion oder physischer Beherrschung von Handelsrouten strebt. Dennoch hat er diese enorme und unverhältnismäßige militärische Schlagkraft mit einer beispiellosen globalen Reichweite geschaffen. Es mag sein, dass der neue Imperialismus, eben weil er keine klaren und begrenzten Ziele hat, eine derart massive militärische Macht benötigt. Die grenzenlose Beherrschung einer globalen Ökonomie und der verschiedenen Staaten, die sie verwalten, erfordert militärisches Handeln ohne Begrenzung durch Zweck oder Zeit.

Krieg ohne Ende

Als es die USA (und Großbritannien) im Jahr 2001 in den ersten Tagen nach den Anschlägen des 11. September unterließen, einen massiven Angriff gegen Afghanistan zu starten, führte dies zu einer beinahe allgemeinen Überraschung, sei sie mit Enttäuschung oder Erleichterung verbunden.⁵⁷ Ein sofortiger High-Tech-Angriff, der Leib und Leben der US-Streitkräfte schonen, aber so viele »Kollateralschäden« wie möglich verursachen würde, war wie eine Selbstverständlichkeit erwartet worden. Aber diesmal, so wurde uns gesagt, hatten die »Gemäßigten« im Weißen Haus gewonnen, zumindest eine Zeit lang, und auch nur, weil die Notwendigkeit, das Bündnis gegen den Terror aufrechtzuerhalten, es nahelegte, zurückhaltend zu sein, oder weil der Winter bevorstand oder weil sich die Taliban einfach ohne eine Auseinandersetzung auflösen würden. Jeder Angriff – und es könnte sein, das es überhaupt keinen geben würde – wäre »abgewogen« und »angemessen«. Optimisten hofften, Bush habe die Tugenden des Multilateralismus gelernt; Pessimisten befürchteten, das Schlimmste würde noch kommen. Aber Kritiker und Unterstützer waren sich einig in ihrer Verwunderung über die Zurückhaltung, die die einzige Supermacht der Welt an den Tag legte.

Dann begannen die Bombardierungen. Der massive High-Tech-Angriff mit all den Kollateralschäden lief ab wie zuvor. Immer noch wurden Hoff-

57 Dieser Abschnitt basiert auf meinem Artikel »Infinite War«, in: *Historical Materialism* 10 (1), 2002, S. 7–27.

nungen laut, dass die Angriffe sorgfältig gezielt und »angemessen« seien und dass die Offensive kurz sein werde. In der Zwischenzeit erklärten die USA der UNO, dass sie sich das Recht vorbehielten, ihre Optionen für andere mögliche Angriffe auf Ziele außerhalb Afghanistans offenzuhalten. Als das Talibanregime in Afghanistan zusammenbrach, war das Ende des »Krieges gegen den Terror« noch weiter entfernt, als es zu Beginn den Anschein gehabt hatte.

Einige der Überlegungen, die hinter diesem militärischen Projekt mit offenem Ende standen, wurden zu Beginn des Krieges aufgedeckt. Am 30. September enthielt die Londoner Zeitung *Observer* einen Spezialbericht mit dem Titel »Inside the Pentagon«:

»Mit dem Beginn des Krieges in Afghanistan beginnt auch der Angriff auf das Weiße Haus – um Aufmerksamkeit und unterschriebene Befehle vom militärischen Oberkommandanten, Präsident George W. Bush, für das zu erhalten, was die Falken des Pentagons ›Operation Endloser Krieg‹ (Operation Infinite War) nennen. [...]

Der *Observer* hat erfahren, dass dem Präsidenten diese Woche von Verteidigungsminister Rumsfeld zwei detaillierte Vorschläge für eine unbegrenzte Kriegsführung vorgelegt wurden, beide wurden zurückgestellt, bleiben aber abrufbar. Sie wurden von seinem Stellvertreter Paul Wolfowitz ausgearbeitet. [...] Der Plan plädiert für einen Krieg mit offenem Ende, ohne zeitliche oder geografische Einschränkung [...].

Die Kämpfer aus dem Pentagon ziehen es vor, von ›rotierenden Bündnissen‹ zu sprechen, die wie ein Venn-Diagramm aussehen, mit einem sich überlappenden Zentrum und nur bestimmten Ländern, die in unterschiedlichen Sektoren und Zeiten in den Orbit der USA geraten. Die einzigen Länder in der Mitte der Diagrammrose, wo sich alle Kreise überlappen, sind die USA, Großbritannien und die Türkei.

Regierungsvertreter erklärten, dass die Regeln in einem Krieg, den es so noch nicht gegeben habe, im Laufe seiner Entwicklung erarbeitet werden müssten, und dass die sogenannte ›Powell-Doktrin‹, die

argumentiert, dass es keine militärische Intervention ohne ›klare und erreichbare‹ politische Ziele geben solle, ›irrelevant‹ sei [...].⁵⁸

Die Zurückweisung der Idee, dass eine militärische Intervention klare und erreichbare militärische Ziele haben muss, spricht Bände und bringt eine Doktrin zu Ausdruck, die sich seit dem Ende des Kalten Krieges entwickelt hat. Die USA und ihre Verbündeten, insbesondere Großbritannien, haben Krieg und die Kriterien, nach denen wir ihn beurteilen, neu definiert. Die neue Doktrin des Krieges, die sich herauszubilden scheint, ist eine notwendige Begleiterscheinung einer neuen Form von Imperium.

Unmittelbar nach den Anschlägen vom 11. September kündigte Präsident Bush an, dass es sein Ziel sei, die Welt vom Bösen zu befreien. Der »Krieg gegen den Terror« wurde zu jener Zeit »Operation unendliche Gerechtigkeit« (Operation Infinite Justice) genannt. Einige Zeit später erklärte Premierminister Blair auf dem Parteitag der Labour-Partei, dass die derzeitige Kampagne Teil eines größeren Projekts zur »Neuordnung unserer Welt« sein solle. Nichts, was vorher oder nachher gesagt wurde, trug viel dazu bei, diese großartigen Ambitionen zu erklären oder einzugrenzen. Wohlmeinende Beobachter waren nicht weniger ratlos als Kritiker, wenn es darum ging, genau zu erklären, was das Ziel der ersten militärischen Schlags sein sollte: Bin Laden zu ergreifen; die Trainingslager von al-Kaida (die zu diesem Zeitpunkt natürlich verlassen waren) zu zerstören; oder die Taliban zu stürzen, mit oder ohne Einsetzung einer neuen Regierung; ganz zu schweigen von weiteren Zielen wie Angriffen auf den Irak, um die Arbeit zu beenden, die vom früheren Präsidenten George H. W. Bush nicht vollendet worden war.

Angesichts all dieser Unsicherheiten gab es eine Tendenz anzunehmen, dass das Weiße Haus entweder einfach in Falken und Tauben gespalten oder dass die Regierung einfach verwirrt war, ohne eine rechte Idee, was zu tun sei. Und es gab eine große Versuchung, Blairs Größenwahn als ein Mittel zur Ablenkung der Aufmerksamkeit von seinen Versäumnissen zu Hause abzutun. Zweifellos ist an allen diesen Interpretationen etwas Wah-

58 Ed Vulliamy, »Inside the Pentagon«, in: *Observer*, 30. September 2001.

res. Aber wir müssen die Bedeutung von Bushs und Blairs großem Entwurf ernster nehmen.

Es ist natürlich nichts Neues daran, dass die Vereinigten Staaten auf militärische Aktionen zurückgreifen, um ihre imperialen Interessen zu verfolgen und ihre ökonomische Hegemonie aufrechtzuerhalten. Es ist kaum nötig zu sagen, dass die USA seit dem Zweiten Weltkrieg an einem militärischen Unternehmen nach dem anderen beteiligt waren. Bei manchen Kommentatoren gibt es eine Angewohnheit, die USA als eine bemerkenswert zurückhaltende Weltmacht zu sehen, die wenig Neigung zum Gebrauch ihrer militärischen Macht gezeigt habe. Auch wenn es sicherlich richtig ist, dass die USA etwas gegen Todesopfer in ihren eigenen Streitkräften haben, so hat dies dennoch nicht regelmäßige Militärinterventionen verhindert, worunter es nicht nur große Kriege wie in Korea und Vietnam gab, sondern auch wiederholte kleinere Einfälle in andere Teile der Welt von Zentralamerika bis Afrika. Trotzdem ist speziell seit dem Ende des Kalten Krieges etwas Neues entstanden. Wenn wir von der überzogenen, selbstgerechten Rhetorik von George W. Bush und Tony Blair absehen, dann bleibt eine neue militärische Doktrin, die, während sie die extravagantesten moralischen Ansprüche erhebt, trotzdem von dem jahrhundertealten Diskurs über den »gerechten Krieg« abweicht.

Die Tradition des gerechten Krieges war immer offenkundig dehnbar und unendlich anpassungsfähig an die unterschiedlichen Interessen der herrschenden Klassen, inklusive der aggressivsten und räuberischsten imperialen Abenteuer. Auch wenn sich der Charakter von Krieg und Imperialismus verändert hat, waren Rechtfertigungsideologien in der Lage, innerhalb bestimmter konzeptioneller Grenzen zu bleiben und mit bestimmten Grundprinzipien zu operieren. Selbst »positivistische« Konzepte des internationalen Rechts, die keine Rechtsprinzipien anerkennen, die von einer höheren, göttlichen Autorität ausgehen, haben bestimmte grundlegende Lehrsätze in Verbindung mit dem »gerechten Krieg« vertreten. Die neue Doktrin findet, während sie sich auf die Traditionen des gerechten Krieges beruft, diese Prinzipien zum ersten Mal seit Jahrhunderten nicht flexibel genug und hat sie faktisch verworfen. Genau wie frühere Anpassungen vorgenommen wurden, um unterschiedlichen Zusammenhängen und Anforderungen zu entsprechen, hat der derzeitige Bruch auch

seinen spezifischen historischen Kontext und entspricht spezifischen imperialen Bedürfnissen.

Die Doktrin des »gerechten Krieges« formuliert durch ihre ganzen Wandlungen hindurch einige wesentliche Voraussetzungen für den Krieg: Es muss eine gerechte Sache geben; der Krieg muss durch eine rechtmäßige Autorität mit der richtigen Absicht erklärt werden und nachdem alle anderen Mittel erschöpft sind; es muss eine vernünftige Chance geben, das erwünschte Ziel zu erreichen, und die Mittel müssen in einem angemessenen Verhältnis zum Ziel stehen. Wir sind bereits einigen der erfinderischen Formen begegnet, in denen diese scheinbar strengen Anforderungen mit den aggressivsten Kriegen der Handelsrivalität und der imperialen Expansion in Übereinstimmung gebracht wurden. Die Doktrin ist oftmals bis an ihre Grenzen ausgeweitet und damit faktisch bedeutungslos gemacht worden – durch Hugo Grotius etwa, der einen Weg fand, unter anderem die Anwendung militärischer Gewalt durch private Handelsgesellschaften zu rechtfertigen. Aber die jetzige Doktrin bricht in einer ganz neuen Art und Weise mit der Tradition der europäischen militärischen Theorie und Praxis.

Jeder Krieg der USA beruft sich auf eine gerechte Sache, eine rechtmäßige Autorität und richtige Absichten, während darauf bestanden wird, dass es keinen anderen Weg gebe. Diese Behauptungen sind mehr als nur ein wenig fragwürdig. Aber diese Rechtfertigungen der US-amerikanischen Militäraktionen blieben bisher, so umstritten sie auch sein mögen, innerhalb der Grenzen der Argumentation vom gerechten Krieg. Der Bruch geschieht am deutlichsten in Bezug auf die anderen beiden Bedingungen: dass es eine vernünftige Chance geben muss, die Ziele einer Militäraktion zu erreichen, und dass die Mittel angemessen sein müssen.

Die neue, vor Kurzem von Bush und Blair verkündete Kriegsdoktrin verstößt in zweierlei Hinsicht gegen das erste dieser beiden Prinzipien: Unnötig zu sagen, dass keine militärische Aktion in der Lage ist, die Welt vom »Bösen« zu befreien. Aus diesem Grund kann kaum gesagt werden, dass der Krieg gegen den Terror eine vernünftige Chance hat, den Terrorismus zu beseitigen. Wenn überhaupt, dann ist es wahrscheinlicher, dass er die terroristische Gewalt verstärkt. Auch können Militäraktionen, egal ob mit oder ohne humanitäre Beimischungen, die Welt nicht in der von Blair skizzierten Weise neu ordnen.

Genauso klar ist aber, dass die neue Doktrin vom Prinzip der erreichbaren Ziele in einer Weise abweicht, die bei früheren Verfechtern der Doktrin vom gerechten Krieg nicht vorstellbar war. Dieses spezielle Prinzip wandte sich gegen sinnlose und selbstzerstörerische Abenteuer durch Kräfte, denen die Mittel fehlten, ihre Ziele zu erreichen, und die wahrscheinlich ihre eigenen Bedingungen verschlechtern würden. Der vorliegende Fall betrifft die mächtigste Militärmacht der Welt, die mächtigste, welche die Welt jemals gesehen hat, die getrost damit rechnen kann, jedes vernünftige militärische Ziel erreichen zu können. Es wird hier also ein neues Prinzip etabliert: Es könnte einfach bedeuten, dass Militäraktionen schließlich ohne irgendeine Hoffnung, ihr Ziel zu erreichen, gerechtfertigt werden können; aber vielleicht wäre es richtiger zu sagen, dass militärische Aktionen jetzt überhaupt kein spezifisches Ziel mehr benötigen.

Ein solches Prinzip beeinflusst natürlich auch das Verhältnis von Mitteln und Zielen. Wir sind es gewohnt, die USA und ihre Verbündeten dafür zu kritisieren, dass sie Aktionen unternehmen, deren massiv zerstörerische Mittel den erklärten Zielen nicht entsprechen. Aber wir könnten jetzt gezwungen sein, das Prinzip der Verhältnismäßigkeit insgesamt aufzugeben – nicht einfach, weil von uns verlangt wird, dass wir »unverhältnismäßige« Mittel akzeptieren, sondern weil ein solches Kalkül überhaupt nicht mehr relevant ist, weil es keine spezifischen Ziele gibt. Es gibt ein neues Prinzip eines Krieges *ohne Ende* in Bezug auf Zeit und Zweck.

Der »Krieg gegen den Terror« ist nicht das erste Beispiel für die neue Doktrin. Selbst der »Krieg gegen die Drogen« hat etwas davon, insofern er eine militärische Komponente hat (sei er unmittelbar von den USA geführt oder mit Unterstützung etwa kolumbianischer Streitkräfte): Ein anderer wichtiger Schritt bei der Etablierung der neuen Doktrin war der Begriff des »humanitären Krieges«. Es ist mit Sicherheit dieser Zusammenhang, in dem die Beschränkungen der alten Prinzipien über den gerechten Krieg zum ersten Mal ganz klar über Bord geworfen wurden.

Es ist mittlerweile eine wohlbekannte Geschichte, dass die frühere US-Außenministerin Madeleine Albright, damals UN-Botschafterin, den jetzigen Außenminister Colin Powell, damals Vorsitzender der Vereinigten Stabschefs, in ihrer Auseinandersetzung über den Balkankrieg wegen sei-

nes Widerstands gegen eine militärische Intervention in Bosnien kritisiert hat. Seinem Widerspruch lag die sogenannte Powell-Doktrin zugrunde, eine militärische Doktrin in der alten Tradition des gerechten Krieges, die verlangte, dass eine militärische Aktion klare Ziele, angemessene Mittel und eine Ausstiegsstrategie haben müsse. »Wozu haben wir diese hervorragende Armee, über die sie immer sprechen, wenn wir sie nicht benutzen können«, protestierte Albright ärgerlich. Was Albright infrage stellte, war sicherlich keine Doktrin, die überhaupt gegen jede militärische Aktion war. Powell als Mann des Militärs war wohl kaum ein Befürworter des Pazifismus. Ihre Meinungsverschiedenheit begann genau an dem Punkt, wo traditionelle Doktrinen des gerechten Krieges spezifische und begrenzte erreichbare Ziele und angemessene Mittel fordern.

Aber wenngleich Madeleine Albright auch einen Meilenstein in der Entwicklung dieser neuen Doktrin darstellt, so war es doch schon lange ein Verhaltensmuster von US-Politikern, die alte Doktrin hinter sich zu lassen. Als Henry Kissinger für die unvorhersehbare Anwendung von militärischer Gewalt eintrat, hatte er genau wie Albright und viel mehr als andere während des Kalten Krieges die Verwendung von Gewalt für weitaus diffusere und unausgeformtere politische Zwecke als für die Erreichung eines spezifischen militärischen Ziels im Kopf. Zwar war er kein besonderer Anhänger von Argumenten des gerechten Krieges und im Allgemeinen sehr offen in Bezug auf sein Festhalten an den einander angeblich widersprechenden Prinzipien einer amoralischen *raison d'état*. Andere politische Führer jedoch hatten bei der Verfolgung der gleichen Politik kein Problem, sich auf die Gerechtigkeit des Krieges zu berufen. Heute, da Colin Powell selbst Außenminister ist, wird er von nichtmilitärischen Politikern wie Donald Rumsfeld, Paul Wolfowitz und Dick Cheney und auch Bush-Beratern wie Richard Perle herausgefordert, deren Sichtweisen in Bezug auf Ziele und Mittel sogar noch stärker im Gegensatz zu den alten Prinzipien des gerechten Krieges stehen. Ihr Plan, die »Operation unendlicher Krieg«, verlangt nach einem Krieg mit offenem Ende ohne zeitliche oder geografische Begrenzungen.

Präsident Bush hat vor Kurzem eine neue Militärdoktrin verkündet, die auf die Erklärung eines unbefristeten Krieges mit offenem Ende hinausläuft. In einer neuen Politik der »defensiven Intervention«, die mit lange beste-

henden Militärdoktrinen der Eindämmung und Abschreckung bricht, beanspruchen die USA jetzt das Recht, massive präventive Militärschläge durchzuführen, wo immer und wann immer sie es wollen, nicht aus irgendeinem klar definierbaren Grund und sicherlich auch nicht angesichts einer bestehenden militärischen Bedrohung, sondern einfach in Vorwegnahme einer künftigen Gefahr – oder auch ohne eine solche. Die Bush-Regierung hat seither eindeutig klar gemacht, dass die Doktrin der präventiven Militärschläge die Verwendung von Nuklearwaffen einschließt. Dieser endlose Kriegszustand wird auch durch ein neues politisches und ideologisches Klima unterstützt, das von der Aushöhlung bürgerlicher Freiheiten bis zur Einschränkung, ja sogar bis zur Unterdrückung abweichender Meinungen reicht.⁵⁹

Es gibt im »Krieg gegen den Terror«, so sagt Richard Perle, »keine Abstufungen«:

»Das ist ein totaler Krieg. Wir kämpfen gegen eine Vielzahl von Feinden. Es gibt eine Menge von ihnen da draußen. All das Gerede, dass wir zuerst nach Afghanistan gehen, uns dann den Irak vornehmen und uns dann ansehen, wie die Dinge stehen. Das ist die völlig falsche Vorgehensweise. [...] Wenn wir einfach unserer Vision freien Lauf lassen und voll und ganz hinter ihr stehen, und wenn wir nicht versuchen, eine schlaue Diplomatie zusammenzubasteln, sondern einfach einen totalen Krieg führen [...], dann werden unsre Kinder in späteren Jahren großartige Lieder über uns singen.«⁶⁰

Hier haben wir es also: einen totalen und unendlichen Krieg – nicht notwendigerweise einen ununterbrochenen Krieg, aber einen Krieg, der in sei-

59 Eine interessantes Symptom der letzteren Tendenz ist ein skurriles Dokument mit dem Titel »Defending Civilization: How Our Universities Are Failing America«, das akademische Kritiker des sogenannten »Krieges gegen den Terror« als Verräter denunziert. Dieses Dokument, das vom American Council of Trustees and Alumni erstellt wurde, einer Organisation, die von Lynne Cheney, der Frau des Vizepräsidenten, mitbegründet wurde, führt Namen auf eine Weise auf, die an die berüchtigte McCarthy-Zeit erinnern. Lynne Cheney ist auch die Autorin eines Kinderbuchs, *America. A Patriotic Primer*, ein A bis Z der chauvinistischen Propaganda.

60 Richard Perle, zit. nach John Pilger, *The New Rulers of the World*, London 2002, S. 9–10.

ner Dauer, seinen Zielen, seinen Mitteln und in seiner räumlichen Ausdehnung unbegrenzt ist.

Universeller Kapitalismus

Die neue Ideologie eines Krieges ohne Ende erfüllt die spezifischen Bedürfnisse des neuen Imperialismus. Dieser Imperialismus, der erst im zwanzigsten Jahrhundert oder sogar erst nach dem Zweiten Weltkrieg entstand, gehört in eine kapitalistische Welt. Es mag seltsam erscheinen, diese kapitalistische Welt so spät in der Geschichte anzusiedeln und sogar so spät in der Entwicklung des Kapitalismus selbst. Aber die letzten Jahrzehnte waren durch die *Universalität* des Kapitalismus gekennzeichnet, und selbst als die UdSSR noch existierte, hinterließen die Imperative des Kapitalismus auf der ganzen Welt ihre Spuren. Die marxistischen Imperialismustheorien gehörten, wie wir im letzten Kapitel gesehen haben, zu einem anderen imperialistischen Zeitalter, in dem trotz der weit fortgeschrittenen Entwicklung des Kapitalismus nicht davon ausgegangen werden konnte, dass dieser jemals so universell sein würde, wie er es heute ist.

Aber auch wenn die kapitalistischen Imperative jetzt die Welt umspannen, so haben sie dennoch nicht den Territorialstaat beseitigt. Im Gegenteil, je universeller der Kapitalismus geworden ist, desto mehr brauchte er ein ebenso universelles System von verlässlichen lokalen Staaten. Trotzdem haben wir, genauso wie noch keine systematische Theorie des Imperialismus in einer Welt des universellen Kapitalismus vorliegt, auch noch keine Theorie des Imperialismus, die adäquat eine Welt erfasst, welche nicht aus imperialen Herren und kolonialen Untertanen besteht, sondern aus einem internationalen System, in dem sowohl imperiale als auch untergeordnete Mächte mehr oder weniger souveräne Staaten sind.

Wir mögen heute mehr über Imperialismus hören, als wir es lange Zeit getan haben, und Theorien über die Globalisierung als Form des Imperialismus gibt es im Überfluss. Die Globalisierung jedoch in der üblichen Weise als den Niedergang des Territorialstaates zu charakterisieren, bedeutet, das zu übersehen, was das Neuartigste und Charakteristischste am neuen Imperialismus als einer einzigartigen Form der ökonomischen Herrschaft in

einem System mehrerer Staaten ist. Die Besonderheiten dieser imperialistischen Form sind gerade erst dabei zu entstehen; und, genauer gesagt, findet die spezifische Rolle, welche die militärische Gewalt in diesem neuen Kontext spielt, erst jetzt einen Ausdruck in einer systematischen Ideologie des Krieges.

In den frühesten Tagen des kapitalistischen Imperialismus entstand in rudimentärer Form eine Konzeption des Imperiums nicht als Eroberung oder gar militärische Beherrschung und politische Gewalt, sondern als rein ökonomische Hegemonie. Wie wir gesehen haben, brachte John Locke diese neue Konzeption am besten zum Ausdruck. Seine Theorie der kolonialen Aneignung umging die Frage der politischen Machtausübung oder das Recht einer politischen Macht, eine andere zu beherrschen; und in seiner Theorie des Eigentums können wir beobachten, wie der Imperialismus zu einem unmittelbar ökonomischen Verhältnis wird, auch wenn dieses Verhältnis brutale Gewalt zu seiner Implementierung und Aufrechterhaltung braucht. Diese Art von Verhältnis konnte, zumindest schien es so, nicht durch das Recht auf Herrschaft, noch nicht einmal durch das Recht, sich unbesetztes oder ungenutztes Land anzueignen, gerechtfertigt werden, sondern durch das Recht, tatsächlich die Verpflichtung, Tauschwert zu produzieren.

Bevor die ökonomische Hegemonie des Kapitals schließlich die Welt beherrschte, durchlief der Kapitalismus das klassische Zeitalter des Imperialismus mit all seinen intensiven geopolitischen und militärischen Rivalitäten. Dieses Zeitalter ist nun lange vorbei. Der kapitalistische Imperialismus ist fast vollständig eine Angelegenheit der ökonomischen Herrschaft geworden, in der durch die herrschenden kapitalistischen Mächte manipulierte Marktimperative dazu genutzt werden, diejenige Arbeit zu verrichten, die nicht länger von imperialen Staaten oder kolonialen Siedlern verrichtet wird. Aber jetzt entdecken wir, dass die Universalität kapitalistischer Imperative die Notwendigkeit militärischer Gewalt absolut nicht beseitigt hat. Wenn überhaupt, dann trifft das Gegenteil zu. Der neue Imperialismus kann nicht wie Lockes Theorie der kolonialen Enteignung auf eine Kriegsdoktrin verzichten.

Es ist wieder ein unverkennbares und wesentliches Charakteristikum des Kapitalismus, das seine ökonomische Reichweite weit über seinen unmittel-

baren politischen und militärischen Zugriff hinausreicht. Er kann sich auf die ökonomischen Imperative »des Marktes« stützen, um einen Großteil seiner imperialen Arbeit zu erledigen. Dies unterscheidet ihn deutlich von früheren Formen des Imperialismus, die unmittelbar von solchen außerökonomischen Gewalten abhängig waren – seien es territoriale Imperien, die nur so weit reichten wie die Kapazität ihrer direkten Zwangsgewalt zur Durchsetzung ihrer Herrschaft, oder seien es Handelsimperien, deren Vorteile von der Herrschaft über die Meere oder andere Handelsrouten abhingen.

Die Durchsetzung ökonomischer Imperative kann eine sehr blutige Angelegenheit sein. Aber wenn untergeordnete Mächte einmal für jene Imperative und die »Gesetze« des Marktes anfällig gemacht worden sind, ist die unmittelbare Herrschaft durch imperialistische Staaten nicht länger notwendig, um den Willen des Kapitals durchzusetzen. Aber auch hier begegnen wir wieder dem Paradox, dass diese Imperative, während sie weit über die Macht jedes einzelnen Staates hinausreichen mögen, selbst durch außerökonomische Macht durchgesetzt werden müssen. Weder die Durchsetzung ökonomischer Imperative noch die alltägliche soziale Ordnung, die Kapitalakkumulation und Marktoperationen verlangen, kann ohne die Hilfe von administrativen und Zwangsgewalten erreicht werden, die viel stärker lokal und territorial begrenzt sind als die ökonomische Reichweite des Kapitals. Aus diesem Grund ist der Nationalstaat paradoxerweise umso mehr gewuchert, je mehr das Imperium zu einem rein *ökonomischen* geworden ist. Nicht nur die imperialen Mächte, sondern auch untergeordnete Staaten haben sich für die Herrschaft des globalen Kapitals als notwendig erwiesen. Wie wir gesehen haben, war es sogar eine wichtige Strategie des kapitalistischen Imperialismus, lokale Staaten als Vermittler für kapitalistische Imperative zu gründen. Auch die Globalisierung hat diesen imperialen Bedarf nach einem Staatensystem nicht überwunden. Die »globalisierte Welt« ist mehr denn je eine Welt der Nationalstaaten. Der neue Imperialismus, den wir Globalisierung nennen, eben deswegen, weil er von einer weitreichenden ökonomischen Hegemonie abhängig ist, die sich erheblich über die territorialen Grenzen oder den politischen Herrschaftsbereich eines jeden Staates hinaus erstreckt, ist eine Form des Imperialismus, die mehr als jede andere von einem System mehrerer Staaten abhängig ist.

Mehrwert-Imperialismus?

Es wird uns gesagt, dass der Krieg ohne Begrenzungen eine Reaktion auf eine Welt ohne Grenzen sei, eine Welt, in der die Nationalstaaten nicht länger die wichtigsten Spieler und nichtstaatliche Gegner oder »Terroristen« eine große Bedrohung geworden sind. Dieses Argument hat eine gewisse reizvolle Symmetrie, hält aber einer genauen Untersuchung nicht stand. Die Gefahr des Terrorismus ist mehr als jede andere Bedrohung oder Kraft gegenüber militärischem Widerstand resistent – nicht trotz, sondern wegen ihrer Staatenlosigkeit, und in jedem Fall wird der »Krieg gegen den Terror« mehr terroristische Angriffe hervorbringen, als er verhindert. Die Bedrohung durch nichtstaatliche Feinde kann die unverhältnismäßige Konzentration militärischer Gewalt, die gegen ein nicht identifizierbares Ziel gerichtet ist, nicht erklären. Im Gegenteil, der »Mehrwert-Imperialismus« ergibt nur als Reaktion auf das globale Staatensystem und seine widersprüchliche Dynamik einen wenngleich pervertierten und letztlich kontraproduktiven Sinn.

Das globale Kapital braucht lokale Staaten. Während aber Staaten, die im Sinne des globalen Kapitals handeln, effektiver sein mögen als die alten kolonialen Siedler, die die kapitalistischen Imperative überall in die Welt hinaustrugen, so stellen sie auch ein großes Risiko dar. Insbesondere unterliegen sie eigenen inneren Zwängen und sind oppositionellen Gruppen ausgesetzt; und ihre eigene Zwangsgewalt kann in die falschen Hände fallen, die dem Willen des imperialen Kapitals Widerstand entgegensetzen könnten. Die Ironie in dieser globalisierten Welt, in der der Nationalstaat angeblich abstirbt, ist, dass es wichtiger denn je ist, welche lokalen Kräfte regieren und wie sie dies tun, weil der neue Imperialismus mehr denn je von einem System mehrerer Staaten abhängt, um die globale Ordnung aufrechtzuerhalten.

Eine bedeutende, wenn auch nicht unmittelbare Gefahr ist, dass populäre Kämpfe für wirklich demokratische Staaten, für eine Veränderung des Gleichgewichts der Klassenkräfte im Staat mit internationaler Solidarität zwischen solchen demokratischen nationalen Kämpfen eine größere Herausforderung für die imperiale Macht als jemals zuvor darstellen könnten. In einer Welt, in der die Ungleichheiten zwischen Arm und Reich nicht weniger werden, sondern anwachsen, kann diese Möglichkeit, so

weit entfernt sie erscheinen mag, nie ganz aus dem imperialen Bewusstsein verschwinden. Der imperiale Hegemon übersieht auch nicht die wachsende Unzufriedenheit und Stimmung gegen das System, die durch die neoliberale Globalisierung überall auf der Welt im Norden wie im Süden, hervorgerufen wird.⁶¹ Das durch die USA angeführte globale Kapital kann selbst jene Art von durch Wahlen bewirkte Veränderung nicht willkommen heißen, die, als dieses Buch beendet wurde, in Brasilien stattfand.

Aber mit oder ohne unmittelbare Bedrohung durch einen weitverbreiteten »Regimewechsel« in die falsche Richtung haben die USA hart daran gearbeitet, eine politische Umgebung aufrechtzuerhalten, innerhalb derer sich das »globale« US-Kapital frei bewegen kann. Die imperiale Macht hat daher regelmäßig gehandelt, um sich gegen jedes Risiko zu versichern, den Zugriff auf das globale Staatensystem zu verlieren. Wie unwahrscheinlich oder entfernt diese Perspektive auch sein mag, die USA waren bereit, sie vorwegzunehmen, indem sie ihren einen großen, eindeutigen Vorteil zur Schau gestellt haben, ihre überragende militärische Macht – und sei es auch nur, weil sie dies mehr oder weniger ungestraft tun können.

Es gibt mehrere sehr unterschiedliche Gefahren, die das von den USA beherrschte globale System bedrohen könnten, und sie alle haben mit dem Staat zu tun. Eine ist die Unordnung, die durch das *Fehlen* wirksamer staatlicher Macht hervorgerufen wird – wie bei den heutigen sogenannten »gescheiterten Staaten« –, wodurch die stabile und vorhersehbare Umgebung gefährdet wird, die das Kapital benötigt. Eine andere ist die Gefahr durch Staaten, die außerhalb des normalen Rahmens der von den USA beherrschten Weltordnung operieren, jene, die Washington gerne »Schurkenstaaten« (oder die »Achse des Bösen«) nennt – und die von gleich bösartigen Staaten unterschieden werden, die innerhalb des Orbit der USA bleiben.

Eine noch größere Herausforderung geht jedoch nicht von solchen marginalen Fällen aus, sondern von Staaten und Ökonomien, die allzu gut funktionieren und drohen, die Vorherrschaft der USA infrage zu stellen. Solche

61 Zu einer hervorragenden kurzen Diskussion der gegenwärtigen »Legitimitätskrise« vgl. Walden Bello, »Drop Till We Shop?«, a review of Robert Brenner's *The Boom and the Bubble: The US in the World Economy*, in: *The Nation*, 21. Oktober 2002, insbesondere S. 27–29.

Bedrohungen gehen nicht nur von möglichen zukünftigen Konkurrenten wie China oder Russland aus. Innerhalb der kapitalistischen Ordnung und sogar in deren Zentrum selbst gibt es unmittelbarere Herausforderungen. Die Europäische Union zum Beispiel ist potenziell eine stärkere Wirtschaftsmacht als die USA.

Aber die Hegemonie unter den großen kapitalistischen Mächten aufrechtzuerhalten, ist eine weitaus kompliziertere Angelegenheit als eine geopolitische Vorherrschaft oder auch ein »Machtgleichgewicht« zu erreichen, wie es die alten imperialen Staaten in den Tagen der traditionellen innerimperialistischen Rivalität anstrebten. Es geht nicht länger einfach nur darum, Rivalen zu besiegen. Ein Krieg zwischen großen kapitalistischen Konkurrenten ist, obwohl er niemals ausgeschlossen werden kann, wahrscheinlich kontraproduktiv und würde zugleich nicht nur die Konkurrenz, sondern auch Märkte und Investitionsmöglichkeiten vernichten. Imperiale Vorherrschaft in einer globalen kapitalistischen Ökonomie erfordert ein heikles und widersprüchliches Gleichgewicht zwischen der Unterdrückung der Konkurrenz und der Aufrechterhaltung von Bedingungen, durch die in konkurrierenden Ökonomien Märkte und Profite erzeugt werden. Dies ist einer der grundlegendsten Widersprüche der neuen Weltordnung.

Die widersprüchlichen Beziehungen zwischen großen kapitalistischen Staaten lassen sich gut durch die Entwicklung Deutschlands und Japans und ihre Beziehung zu früheren Gegnern illustrieren. Vom Standpunkt der USA aus gesehen, war deren ökonomischer Erfolg untrennbar gut wie auch schlecht, sie boten Märkte und Kapital, stellten aber auch eine Bedrohung durch Konkurrenz dar. Die Beziehungen zwischen den großen kapitalistischen Staaten sind seither in einem problematischen Gleichgewicht zwischen Wettbewerb und Kooperation geblieben, mit regelmäßig ausbrechenden Meinungsverschiedenheiten, aber ohne die Drohung des Krieges.

Imperiale Hegemonie in einer Welt des globalen Kapitalismus bedeutet also, konkurrierende Ökonomien und Staaten zu kontrollieren, ohne einen Krieg gegen sie zu beginnen. Zugleich basiert die neue militärische Doktrin auf der Annahme, dass militärische Macht ein unverzichtbares Instrument für die Aufrechterhaltung des kritischen Gleichgewichts ist, auch wenn ihre Anwendung bei der Kontrolle wichtiger Konkurrenten indirekt

sein muss. Das gilt insbesondere, wenn andere Ökonomien im Verhältnis zur hegemonialen Macht aufsteigen. Es ist der Aufmerksamkeit der »einzigen Supermacht« sicherlich nicht entgangen, dass einige andere Teile der Welt, insbesondere China, ein historisch unvergleichliches Wachstum erlebten, während ihre eigene Ökonomie im Abstieg begriffen war (und es immer noch ist).⁶² Die Entwicklung der Europäischen Union zu einer ökonomischen Supermacht hat der militärischen Überlegenheit ebenfalls eine besondere Bedeutung als dem einzigen verlässlichen Index der US-Hegemonie verliehen.

»Die Europäer lernen«, schreibt ein früherer außenpolitischer Redakteur von *Newsweek* in der maßgeblichen Zeitschrift *Foreign Affairs*, »was die Japaner im ersten Golfkrieg gelernt haben: eine große ökonomische Macht verschafft dir einen Einfluss vor allem in der Ökonomie, [...] Tokio bewies während des Golfkriegs, dass es nicht in der Lage war, das neue Rom des ›pazifischen Jahrhunderts‹ zu werden. Und in diesem jetzt entscheidenden Bereich der harten Macht hat sich Europa als ›Zwerg‹ erwiesen [...].«⁶³ Diese Einschätzung taucht in einer Kritik des US-amerikanischen Unilateralismus auf, die in der Hoffnung geschrieben wurde, dass Europa sich der Herausforderung stellen wird. Aber die gegenwärtige US-Militärdoktrin der unangefochtenen (und sehr teuren) Überlegenheit ist klar darauf ausgerichtet, jeden substanziellen Aufbau einer unabhängigen japanischen oder europäischen Militärmacht zu verhindern – nicht nur, weil dies die Vorherrschaft der USA im »Bereich der harten Macht« sicherstellt, sondern eben deswegen, weil »harte Macht« ihre eigenen Auswirkungen auf den ökonomischen »Einfluss« hat.

Die USA sind bereit, den Aufbau einer europäischen Militärmacht bis zu einem bestimmten Punkt zu unterstützen, wenn deren Natur und Anwen-

62 Zum Gegensatz zwischen dem langen ökonomischen Abschwung im Westen, insbesondere in den USA, und dem bemerkenswerten Anstieg anderswo zur gleichen Zeit – wobei China zum Beispiel Wachstumsraten erlebte, die sogar jene des Nachkriegsbooms im Westen in den Schatten stellten –, vgl. Perry Anderson, »Confronting Defeat«, an essay on Eric Hobsbawm's history of the contemporary world, in: *London Review of Books* 24 (20), 17. Oktober 2002, S. 12.

63 Michael Hirsh, »Bush and the World«, in: *Foreign Affairs* 81 (5), September/Oktober 2002, S. 38.

dung darauf beschränkt werden kann, den Zwecken der USA nutzen – zum Beispiel können europäische Friedenstruppen eine nützliche Rolle bei der Beseitigung des Chaos spielen, die von einer US-Militäraktion hinterlassen worden ist, oder es können spezialisierte Truppen im »Krieg gegen den Terror« eingesetzt werden. Mit größter Sorgfalt wird jedoch darauf geachtet, das Aufkommen eines wirklich unabhängigen militärischen Rivalen in Europa zu verhindern. Die bevorzugte Strategie ist es, europäische Truppen sicher in der Umklammerung der NATO zu halten, wo sie (wie der scharfsinnige US-amerikanische Kommentator William Pfaff es beschrieben hat) die »Fremdenlegion des Pentagon« sein können. »Eine modernisierte europäische NATO-Truppe verschafft Washington in zweierlei Hinsicht einen Mehrwert«, schreibt Pfaff:

»Erstens würde sie Ressourcen und Energien abziehen, die sonst in die europäische schnelle Eingreiftruppe gehen würden. Zweitens wären ihre modernisierten Waffensysteme und Strukturen in ein amerikanisches Kommando und in amerikanische Kontroll- und Kommunikationssysteme integriert, mit dem Effekt, dass sie außerhalb von US/NATO-Operationen nur in eingeschränkter Weise funktionieren. Das sind in den Augen einiger Falken unter den politischen Denkern in Washington, die Europa, abgesehen von China, für den einzig möglichen Herausforderer der globalen Vorherrschaft der USA halten, keine unwichtigen Überlegungen.«⁶⁴

Anders gesagt, hat die wesentliche Funktion der NATO heute mehr denn je weniger mit dem Schmieden eines Bündnisses gegen einen gemeinsamen Feind zu tun als mit der Aufrechterhaltung der Hegemonie der USA über ihre Freunde. In den USA hat sich also eine Doktrin herausgebildet, mit den Widersprüchen des globalen Kapitalismus umzugehen. Ihre erste Prämisse lautet, dass die USA einen Grad von militärischer Überlegenheit besitzen müssen, der keinen anderen Staat und keine Verbindung von Staaten, seien es Freunde oder Feinde, in Versuchung geraten lässt, die USA

64 William Pfaff, »A foreign legion for the Pentagon? NATO's ›relevance‹«, in: *International Herald Tribune*, 7. November 2002, S. 8.

herauszufordern oder mit ihnen gleichzuziehen. Der Zweck dieser Strategie ist nicht einfach, einen Angriff zu verhindern, sondern sicherzustellen, dass kein anderer Staat nach globaler oder auch nur regionaler Herrschaft streben wird.

Die Bush-Doktrin

1992 veröffentlichte die *New York Times* ein durchgesickertes Dokument mit dem Titel *Defense Planning Guidance*, das vom Pentagon erstellt worden war. Der Autor war Paul Wolfowitz, der es im Auftrag von George H. W. Bush verfasste und der jetzt George W. berät. Als es zuerst erschien, war Dick Cheney, der jetzige Vizepräsident, der wichtigste Unterstützer des Papiers. Die Logik dieses Dokuments ist ziemlich verwickelt, aber seine Bedeutung ist trotzdem klar: Das Ziel der Aufrechterhaltung der US-amerikanischen Militärpräsenz im Nahen Osten wie auch anderswo hat weniger zum Beispiel mit der Sicherung der Erdölversorgung der USA zu tun als damit, »fortgeschrittene Industrienationen« davon abzuhalten, »unsere Führung infrage zu stellen«. Insbesondere aufstrebende Mächte in Asien und Europa müssten mit einer militärischen Dominanz konfrontiert werden, die in der Lage ist, »mögliche Konkurrenten davon abzuhalten, eine größere regionale oder globale Rolle auch nur anzustreben«. ⁶⁵ Das Ziel wurde »umfassende Vorherrschaft« (full spectrum dominance) genannt, eine Vorherrschaft, die sich sogar bis in den Weltraum erstrecken sollte.

Dieses Dokument zeigt deutlich, dass der von Richard Perle befürwortete totale Krieg nicht nur eine Reaktion auf den »11. September« ist. Wenn überhaupt, dann ist dieses tragische Ereignis als Vorwand genutzt worden, um einen schon länger bestehenden Plan umzusetzen. Sogar der weniger fanatisch militaristische Colin Powell unterstützte das Ziel der, wie ein Kommentator es nannte, »unilateralen Weltherrschaft«, als er bereits 1992 darauf bestand, dass die USA über ausreichende Macht verfügen müssten, um »jeden Herausforderer davon abzuhalten, jemals davon zu träumen, uns auf internationaler Ebene herauszufordern«. ⁶⁶

65 Zit. in: Nick Cohen, »With a friend like this ...«, in: *Observer*, 7. April 2002, S. 29.

66 Zit. in: Anatol Lieven, »The Push for War«, in: *London Review of Books* 24 (19),